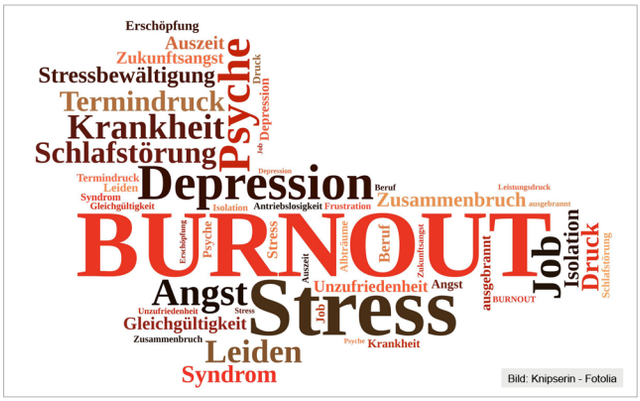
16.04.2015

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

Burn-Out-Erkrankung auch ein Thema in der Zollverwaltung

Im öffentlichen Dienst sind die Pro-Kopf-Ausgaben der verschiedenen Dienstherren im Rahmen der beihilfefähigen Leistungen zur Behandlung psychischer Krankheiten von Beamtinnen und Beamten in den letzten fünf Jahren durchschnittlich um rund zehn Prozent gesunken. Angesichts eines sprunghaften Anstiegs von Burn-Out-Erkrankungen hält der BDZ diesen unsinnigen Sparkurs für nicht nachvollziehbar. Auf die stetig steigende Arbeitsbelastung in der Zollverwaltung verweisend, setzt der BDZ auch weiterhin auf einen Ausbau des Gesundheitsmanagements. Dabei müssten endlich dauerhaft tragfähige Ergebnisse her.



Der „Welt“ zufolge ist in Privatkliniken, die speziell Erkrankungen wie zum Beispiel Depressionen und Burn-out behandeln, die Zahl der Anfragen von beihilfeberechtigten Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahren spürbar gestiegen. Vor allem Beamte des mittleren und des gehobenen Dienstes suchen danach Hilfe bei privaten Kliniken. Gerade die Beamten des mittleren Dienstes können sich letztendlich die Behandlung dort aber nicht leisten, schreibt die „Welt“.

Die Anrufer in den Hotlines der Krankenkassen und der Kliniken gäben zum Beispiel an, dass Ärzte ihnen dringend eine Burn-out-Therapie verordnet hätten und sie sich nun an den privaten Anbieter wenden würden, weil es in staatlichen Kliniken lange Wartezeiten gebe. Dazu komme, dass in vielen öffentlichen Krankenhäusern die Patienten deutlich weniger Therapieangebote erhalten und häufiger ausschließlich medikamentös, zum Beispiel mit Antidepressiva behandelt werden.

Akutkliniken seien dauerhaft überfüllt, heißt es weiter. Eine Reihe von Patienten, bei denen die ambulanten Behandlungsmöglichkeiten noch nicht voll ausgeschöpft wurden, müssten somit abgewiesen werden, zitiert die „Welt“ einen Klinikssprecher. Dabei ist erwiesen, dass sich gerade Depressionen manifestieren, wenn sie nicht schnell adäquat behandelt werden. Häufig führt das dann unweigerlich in die Berufs- beziehungsweise Dienstunfähigkeit.

Laut Statistischem Bundesamt wurden allein 2012 immerhin 1.080 Polizei- und Justizvollzugsbeamte dauerhaft dienstunfähig – rund 15 Prozent mehr als noch fünf Jahre zuvor. Diese bedenkliche Entwicklung macht auch vor der Zollverwaltung nicht Halt.

In der Bundesfinanzverwaltung ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz vor Jahren neu organisiert worden. Seitdem agiert beispielsweise in der Zollverwaltung ein bundesweit zuständiges Referat bei der Bundesfinanzdirektion West. Die Verantwortlichkeit für die entsprechende Umsetzung wurde aber ausschließlich auf die Ortsebene delegiert. Die dort verantwortlichen Leiter sind nun gefordert weit mehr zu tun. Die regelmäßige Durchführung von Gesundheitstagen kann dabei nur ein Baustein sein.

Herausgeber: BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft Friedrichstr. 169/170 10117 Berlin, v.i.S.d.P.: Dieter Dewes, Bundesvorsitzender